‚Alle auf Israel' – Versuch einer Klärung

von Reiner Bernstein[1]

Am 19. Oktober beschwerte sich im Londoner „Guardian" Jonathan Freedland darüber, dass die Aufmerksamkeit in Großbritannien einseitig auf den israelisch-palästinensischen Konflikt fokussiert sei, während die Gärungen in Libyen wachsen, in Syrien Zehntausende getötet werden und Hunderttausende auf der Flucht sind. Der Parteitag der Labour Party habe sich mit allen möglichen Fragen befasst, aber keine Sitzung der sich internationalistisch nennenden Partei habe Syrien gegolten.

Freedland begnügte sich mit einem Ausschnitt. Denn die Folgen des jüngsten Bombenattentats in Beirut belegen einmal mehr die Fragilität Libanons am Rande eines Bürgerkrieges. Demonstranten in Jordanien – das „Überlaufbecken" für die Konflikte in der gesamten Region, so Sonja Zekri in der „Süddeutschen Zeitung" – verlangen die Aufkündigung des Friedensvertrages mit Israel, während der Monarch den 76. Ministerpräsident seit Gründung des Königreichs 1946 beruft. Ägyptens Zerrissenheit wird von den Rivalitäten zwischen den zwei großen islamischen Blöcken und den Anhängern einer offenen demokratischen Gesellschaft geprägt, und in den vergangenen drei Wochen landeten Dutzende Raketen aus dem Gazastreifen im Süden Israels und lösten heftige Vergeltungsschläge mit Todesopfern aus.

Am selben Tag der Kritik des britischen Autors erreichte uns aus Jerusalem die Mitteilung einer Freundin, dass sie sich auf ein Wiedersehen freue, wenn es den Staat Israel dann noch gebe. Ihre Sorge ist begründet: Denn nachdem

– die Osloer Vereinbarungen von 1994 und 1995 überholt sind,

[1] Abgeschlossen am 21. Oktober 2012.

– Politiker der israelischen Rechten die Annexion der Westbank verlangt haben,

– die Siedlungstätigkeit in Ost-Jerusalem es geschafft hat, dass auf zehn arabische Palästinenser sieben jüdische Israelis kommen,

– die Autonomiebehörde bislang nur mit Hilfe von technischen Hilfen und von Finanztransfers überlebt hat, um Arbeitsplätze zu schaffen und die Personalkosten ihrer gegenwärtig 150.000 Bediensteten zu bezahlen,

– die israelische Regierung großzügig beim Internationalen Währungsfonds um einen Kredit in Höhe von einer Milliarde US-Dollar für die Autonomiebehörde nachgesucht hat, weil diese aufgrund fehlender nationaler Souveränität diesen Antrag nicht stellen kann,

– mittlerweile wieder 40.000 Palästinenser in Israel und weitere 25.000 in den jüdischen Siedlungen der Westbank arbeiten und

– die Zahl der Anträge palästinensischer Stadtbürger mit dem Ziel der israelischen Staatsbürgerschaft gestiegen ist, um an der Sozialgesetzgebung teilzuhaben,

ist Israel auf dem Wege, sich als Nationalstaat abzuschaffen – in einer Weise, die sich von Gershon Gorenbergs gleichnamigem Buch (Frankfurt am Main 2012) insofern absetzt, als dieser für das Scheitern Israels seine Politik nach 1967 und die religiösen Gewichte in der Siedlerszene und im Militär verantwortlich macht.

Vor kurzem hat der Soziologe Meron Benvenisti den Nachweis geliefert, dass die Zwei-Staaten-Lösung passé ist. Die internationale Gemeinschaft müsse endlich die Realität eines permanenten

Besatzungsregimes zur Kenntnis nehmen, ergänzte verzweifelt das linksbürgerliche „Israel/Palestine Center for Research and Information (IPCRI)“. Mit anderen Worten: Die Diplomatie muss sich auf schwerwiegende Transformationsprozesse im Territorium zwischen Mittelmeer und Jordansenke einstellen.

Jonathan Freedlands Kritik geht über die Labour Party hinaus, weil auch im deutschen Bundestag die große Debatte über Syrien, Libanon und Jordanien ausgeblieben ist, trotz durchgreifender regionaler Auswirkungen bis hin zur Gefahr, dass Israel mit Gefechten mit Milizionären und sogenannten Revolutionsbrigaden vom Norden und vom Osten her rechnen muss, während sich gleichzeitig Frustration und Wut in der palästinensischen Bevölkerung gegen die Autonomiebehörde und die israelische Besatzung entladen.

Statt beruhigend zu wirken, wollen die Europäer mehrheitlich und allen voran die Bundesregierung im November den Palästinensern den „non-member state“-Status in den Vereinten Nationen abermals verweigern. Schon vorher wären sie gut beraten gewesen, im Sicherheitsrat auf einen Beschluss zu dringen, der die Westbank, Ost-Jerusalem und den Gazastreifen ausdrücklich zum künftigen Staat Palästina rechnet. Wie auch immer die Wahlen zur Präsidentschaft und zum Repräsentantenhaus am 6. November ausgehen: Die USA taumeln, weil sie ihre strategischen Ambitionen zumal auf dem Hintergrund der eigenen wirtschafts- und finanzpolitischen Schwäche rigoros überdehnt haben.

Als ein raumfremd kritisierter Staat hätte Israel allen Grund gehabt, den politischen Ausgleich und den friedlichen Wettbewerb mit den arabischen Nachbarn zu suchen, statt kompromisslos und robust auf sicherheitspolitische und militärische Karten zu setzen. Nach 1967 hat sich das von Gershom Gorenberg und Oren Yiftachel entfaltete Phänomen der „Ethnokratie“ durchgesetzt. Welche politische Zukunft Libyen, Syrien, Libanon und Jordanien auch bevorsteht: Die

arabischen Völker werden überleben. Dagegen ist in einem chaotisierten Umfeld die Integrität Israels nicht zu garantieren, ob in den Grenzen von 1949 oder jenen von 2012.

Ungeachtet der Fortdauer von Ungleichgewichten haben sich die Chancen für zwei Staaten und die Phantasien zugunsten eines demokratischen jüdisch-arabischen Gemeinwesens erledigt. Abba Ebans einstige Ironie, die Araber versäumten keine Gelegenheit, eine Gelegenheit zu versäumen, droht sich katastrophisch umzukehren. Lion Feuchtwangers dreibändiger Historienroman vom „Jüdischen Krieg“ gegen die Römer lieferte die Folie, die der Politologe Yehoshafat Harkabi um den Bar-Kochba-Aufstand seit 130 n.d.Z. erweitert hat. Die internationale Staatengemeinschaft wäre am Preis des erneuten Fehlschlags in der jüdischen Geschichte beteiligt, ungeachtet aller auswärtigen Staatsräson-Zusagen.

-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-.-